

**INHALTSVERZEICHNIS****Seite**

<b>Inhaltsverzeichnis</b>	I
<b>Literaturverzeichnis</b>	XI
<b>Einleitung</b>	1
<b>1. Teil: Die theoretischen Grundlagen</b>	5
<b>1. Kapitel: Die begriffliche Umschreibung eines Beweises vom Hörensagen und seine rechtliche Einordnung in das Gesamtsystem des Beweisrechts</b>	5
<b>I. Kennzeichnende Merkmale eines Hörensagenbeweises erläutert am Beispiel des Zeugen vom Hörensagen</b>	6
1. Die Mitteilung eines Dritten als Beweistatsache	6
a) Reproduktion der Wahrnehmung eines Dritten	6
b) Die Wahrnehmung von Tatsachen als Inhalt der Mitteilung	8
aa) Die Form der Übermittlung	8
bb) Wahrgenommene Tatsachen als Inhalt der Übermittlung	10
cc) Behauptung einer Wahrnehmung von Tatsachen	14
2. Das Verhältnis zwischen der Beweistatsache und dem eigentlichen Beweisthema	15
a) Der für den Hörensagenbeweis charakteristische Beweisgegenstand	15
b) Die Behandlung sog. res-gestae-Bekundungen	19
<b>II. Die Abhängigkeit einer rein formalen Begriffsbestimmung eines Beweismittels von der Funktionszuweisung durch das Gericht</b>	20
<b>III. Zusammenfassung bisheriger Ergebnisse und Versuch einer Definition</b>	22

<b>IV. Überblick über andere Konstellationen des Hörensagenbeweises</b>	<b>23</b>
1. Die Vermittlung von Fremdwissen durch Sachverständige und Angeklagte	24
a) Der Sachverständige als vermittelndes Subjekt	24
b) Die Vermittlung von Fremdwissen durch den Angeklagten	32
2. Die Reproduktion von Tatsachenwahrnehmungen des Angeklagten und des Sachverständigen	33
3. Die Vermittlung des Inhalts von Sachbeweisen als Fall eines Hörensagenbeweises?	35
a) Die Vernehmung über den Inhalt einer Urkunde	35
b) Die Beweismittelung bei Augenscheinsbeweisen	37
<b>V. Der Hörensagenbeweis als besonderer Fall eines Indizienbeweises</b>	<b>39</b>
1. Der Reproduzierende als indirektes Beweismittel	39
2. Indizielle Beweisführung beim Hörensagenbeweis	40
<b>2. Kapitel: Die Auswirkungen der strukturellen Besonderheiten des Beweises vom Hörensagen auf die Beurteilung seines Beweiswertes</b>	<b>46</b>
<b>I. Die Beschreibung einzelner Fehlerquellen und Möglichkeiten ihrer Begrenzung</b>	<b>47</b>
<b>II. Vergleich mit anderen Beweissurrogaten</b>	<b>53</b>
1. Vernehmungsprotokolle	53
2. Private schriftliche Aufzeichnungen	57
3. Berichtende Tonbandaufnahmen	58

<b>3. Kapitel: Die rechtliche Beurteilung des Beweises vom Hörensagen vor Entstehung der Reichsstrafprozeßordnung von 1877</b>	<b>60</b>
<b>I. Von den frühen Anfängen bis zum Ende des gemeinrechtlichen deutschen Inquisitionsprozesses</b>	<b>60</b>
1. Zeugen vom Hörensagen in der Epoche germanischen Rechtsdenkens bis zum mittelalterlichen deutschen Inquisitionsverfahren	60
2. Die rechtliche Beurteilung nach der Peinlichen Gerichtsordnung Karls V.	64
3. Die Bedeutung des Hörensagenbeweises im gemeinen Recht und in den Partikulargesetzen des beginnenden 19. Jahrhunderts	69
<b>II. Der Hörensagenbeweis unter der Geltung des reformierten Strafprozesses</b>	<b>72</b>
<b>III. Das formale Beweissystem als Grund für die rechtliche Einordnung des Zeugnisses vom Hörensagen während der Geltung des Inquisitionsverfahrens</b>	<b>74</b>
<b>2. Teil: Die Behandlung des Hörensagenbeweises nach geltendem Recht unter Ausklammerung rechtlicher Besonderheiten bei der Vernehmung von Verhörspersonen</b>	<b>75</b>
<b>4. Kapitel: Mittelbare Beweisführung durch Zeugen vom Hörensagen im Lichte der fundamentalen Beweisgrundsätze der Strafprozeßordnung</b>	<b>76</b>
<b>I. Ausschluß des Hörensagenbeweises durch § 250 StPO?</b>	<b>76</b>
1. Interpretation der Vorschrift im Sinne einer umfassenden Regelung auch des materiellen Unmittelbar-	

	Seite
keitsverständnisses	78
a) Folgerung eines völligen Verbots der Reproduktion fremder Tatsachenwahrnehmung	79
b) Folgerung eines beschränkten Verbots aus dem Prinzip des bestmöglichen Beweises	83
2. Interpretation ausschließlich im Sinne einer Regelung der formellen Seite des Unmittelbarkeitsprinzips	86
a) Das Schrifttum	86
b) Die Rechtsprechung	88
3. Kritik der Ansichten anhand einer Auslegung der Norm	88
 II. Einschränkungen des Hörensagenbeweises aus dem Systemzusammenhang der Strafprozeßordnung	 98
1. Hörensagenbeweis und Aufklärungspflicht, § 244 Abs. 2 StPO	98
a) Das Gebot umfassender Sachverhaltsaufklärung im Spannungsverhältnis zu mittelbaren Zeugenbeweisen	98
b) Die eigentlich problematischen Fälle	102
2. Hörensagenbeweis und freie richterliche Beweiswürdigung, § 261 StPO	107
a) Die Vereinbarkeit des Zeugnisses vom Hörensagen mit dem Grundsatz freier richterlicher Beweiswürdigung	107
b) Grenzen der Überzeugungsbildung des Richters	118
 5. Kapitel: Der Hörensagenbeweis im Lichte von Verfassung und Menschenrechtskonvention	 122
I. Vereinbarkeit mit dem Grundgesetz	122
1. Der Anspruch auf rechtliches Gehör, Art. 103 Abs. 1 GG	122
2. Menschenwürde, Art. 1 Abs. 1 GG und Rechtsstaatsprinzip, Art. 20 Abs. 3 GG	126
a) Der Anspruch auf Achtung der Menschenwürde	126

	Seite
b) Vereinbarkeit mit rechtsstaatlichen Grundsätzen	126
 II. Vereinbarkeit mit Garantien der Menschenrechtskonvention	 128
1. Die Garantie des Art. 6 Abs. 3 lit. d MRK	129
2. Die Garantie des Art. 6 Abs. 1 MRK	133
  6. Kapitel: Die Behandlung des Hörensagenbeweises im anglo-amerikanischen Recht	  135
I. Inhaltliche Umschreibung der Hearsay Rule und ihre Rechtfertigung im anglo-amerikanischen Strafverfahren	136
II. Ausnahmen vom Verbot mittelbarer Beweisführung	140
III. Die Hearsay Rule als Vorbild für das deutsche Straf- verfahrensrecht?	144
  3. Teil: Die besondere rechtliche Problematik der Vernehmung von Verhörspersonen	  148
  1. Abschnitt: Die Zulässigkeit der Vernehmung von Verhörspersonen unter Ausklammerung der besonderen Probleme bei der Wiedergabe von V-Mann-Wissen	  150
  7. Kapitel: Spezielle Einwände gegen die Heranzie- hung von Verhörspersonen zu Beweiszwecken	  150
I. Der Einwand unzulässiger Rollenvertauschung	150
II. Einwände im Zusammenhang mit der qualitativen Beurtei-	

	Seite
<b>lung der Aussagen von Verhörspersonen</b>	<b>154</b>
1. Der qualitative Vergleich der Beweiswerte von Vernehmungsprotokollen und Verhörspersonen als Zeugen vom Hörensagen	155
2. Folgerungen aus dem geringen Beweiswert für die Zulässigkeit einer Beweisführung durch Verhörspersonen	156
a) Annahme eines absoluten Verwertungsverbotes	157
b) Rechtliche Einordnung als Normalfall eines Hörensagenbeweises	157
c) Annahme subsidiärer Zulässigkeit	158
d) Eigene Ansicht	159
<b>8. Kapitel: Besondere Einwände gegen eine Vernehmung von Verhörspersonen aus der gesetzlichen Intention der §§ 252 und 254 StPO</b>	<b>161</b>
I. Die Verwertbarkeit von Aussagen zeugnisverweigerungsbe rechtigter Auskunftspersonen nach § 252 StPO	161
1. Die Reproduktion von Angaben aus einer förmlichen Vernehmung	163
a) Annahme eines relativen Verwertungsverbotes	163
b) Zulassung einer Vernehmung richterlicher und nichtrichterlicher Verhörspersonen nach erfolgter Belehrung	165
c) Annahme eines absoluten Verwertungsverbotes	165
d) Eigene Ansicht	166
2. Die Verwertbarkeit von Angaben aus einer "informatorischen Befragung" und sog. Spontanäußerungen	172
a) Die Rechtsprechung	174
b) Ansichten im Schrifttum	176
c) Eigener Lösungsansatz	177

<b>II. Die Vernehmung von Verhörspersonen anstelle einer unzulässigen Verlesung nichtrichterlicher Geständnisprotokolle im Rahmen von § 254 StPO</b>	<b>180</b>
1. Die Auffassungen Grünwalds und v. Hippels	182
2. Die Ansicht der Rechtsprechung und herrschenden Lehre	183
3. Stellungnahme	183
<b>III. Die Zulässigkeit der Verwendung nichtverlesbarer Verhörsprotokolle zu Vorhaltezwecken</b>	<b>187</b>
1. Folgerung der Unzulässigkeit wegen der Gefahr bloßer Protokollwiedergabe	188
2. Annahme uneingeschränkter Zulässigkeit als Vernehmungsbehelf	190
3. Eigene Ansicht	191
<b>2. Abschnitt: Die besondere Problematik der Wiedergabe von Angaben behördlich geheimgehaltener V-Leute in der Hauptverhandlung</b>	<b>195</b>
<b>9. Kapitel: Die Zulässigkeit mittelbarer Beweisführung im Zusammenhang mit der Verwertung von V-Mann-Wissen</b>	<b>200</b>
<b>I. Die Entscheidung des Großen Senats vom 17. Oktober 1983 und ihre Auswirkungen auf die Zulässigkeit des Hörensaugenbeweises</b>	<b>201</b>
1. Die Rechtslage vor der Entscheidung des Großen Senats	201
2. Inhalt und Auswirkungen der Entscheidung für die	

	Seite
Verwertbarkeit von V-Mann-Angaben	205
a) Der Inhalt des Beschlusses	205
b) Konsequenzen für die Beweisführung	206
aa) Annahme eines Verbots mittelbarer Beweisfüh- rung bei Geheimhaltung der Identität des V- Mannes	206
bb) Fehlen einer Pflicht zur Offenlegung der Identität bei der Heranziehung von Beweis- surrogaten	208
cc) Stellungnahme	210
 II. Die Zulässigkeit der Reproduktion von Angaben behörd- lich geheimgehaltener V-Leute gemessen an strafprozes- sualem Grundsätzen und übergeordneten Prinzipien	 213
1. Lösung aus dem Systemzusammenhang der Strafprozeß- ordnung	213
2. Die verschiedenen Ansätze zur Begründung eines Be- weisverwertungsverbotes	217
a) Der Grundsatz der Unmittelbarkeit	217
b) Der Grundsatz der Öffentlichkeit	219
c) Verstoß gegen die freie richterliche Beweiswür- digung	220
d) Die Kompetenzordnung des Hauptverfahrens	221
e) Die richterliche Unabhängigkeit	224
f) Der Anspruch auf rechtliches Gehör	226
g) Die Rechtsstaatlichkeit des Verfahrens	230
aa) Widersprüchlichkeit staatlichen Verhaltens	231
bb. Der Grundsatz der Prozeßfairneß	234
3. Eigene Ansicht	238
 10. Kapitel: Die V-Mann-Problematik im Lichte rechtspolitischer Erwägungen	 244
I. Anlehnung an ausländische Vorbilder?	245

<b>II. Ansätze für gesetzliche Änderungen der Strafprozeßordnung</b>	<b>248</b>
1. Normierung eines Beweisverwertungsverbotes bei Geheimhaltung der Identität des V-Mannes	249
2. Abhängigkeit der Verwertung belastender V-Mann-An- gaben von der Anwesenheit des Verteidigers bei nichtrichterlichen Vernehmungen	250
<b>III. Eigener Gesetzesvorschlag</b>	<b>252</b>
1. Inhalt	252
2. Begründung	252
<b>Ausblick und Zusammenstellung der gefundenen Ergebnisse</b>	<b>254</b>